Satzung der Gemeinde Ostseebad Karlshagen
über die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 für das „Wohngebiet Wilde Hütung“ südlich der Gartenstraße

PLANZEICHNUNG (TEIL A)

M.: 1 : 1000

auf der Grundlage des Lage- und Höhenplanes des Vermessungsbüros MAB Vermessung-Vorpommern von 03-2017/ Aktualisierung Kataster 04-2023

NUTZUNGSSCHABLONE

Art der baulichen Nutzung	Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß	Baugebiete I und 2	
	Oberkante Fertigfußboden über NHN als Mindestmaß		
	Sockelhöhe über Oberkante Fertigfußboden als Höchstmaß	WR	OK FF über NHN 2,20 m SH über OK FF 0,50 m GH über OK FF 9,00 m
	Gebäudehöhe über Oberkante Fertigfußboden als Höchstmaß		
Grundflächenzahl als Höchstmaß	Bauweise	GRZ 0,4	

Nachrichtlich

verkleinert M.: 1 : 1 000

Planzeichnung des Bebauungsplanes Nr. 31 für das „Wohngebiet Wilde Hütung“ südlich der Gartenstraße in der Fassung der 1. Änderung mit Kennzeichnung der Geltungsbereiche der 2. Änderung

ZEICHENERKLÄRUNG

gem. PlanZV

I. Festsetzungen

Art der baulichen Nutzung	**§ 9 Abs. 1 Nr. 1**	**BauGB**
WR Reines Wohngebiet	§ 3	BauNVO
Maß der baulichen Nutzung	**§ 9 Abs. 1 Nr. 1**	**BauGB**
GRZ Grundflächenzahl als Höchstmaß	§ 19	BauNVO
I, II Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß	§ 20	BauNVO
Bauweise, Baulinien, Baugrenzen	**§ 9 Abs. 1 Nr. 2**	**BauGB**
o offene Bauweise	§ 22 Abs. 2	BauNVO
nur Einzelhäuser zulässig	§ 22 Abs. 2	BauNVO
Baugrenzen	§ 23 Abs. 3	BauNVO
Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft	**§ 9 Abs. 1 Nr. 20,25**	**BauGB**
Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern	§ 9 Abs. 1 Nr. 25	BauGB
Anpflanzen: A Bäume		
Wasserflächen und Flächen mit wasserrechtlichen Festsetzungen	**§ 9 Abs. 1 Nr. 16, § 9 Abs. 6**	**BauGB**
Umgrenzung der Flächen für die Wasserwirtschaft Zweckbestimmung: RÜ Rückhaltung	Flächen mit Festlegungen zur Regenwasserableitung	
Sonstige Planzeichen		
Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen oder bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind	§ 9 Abs. 5 Nr. 1	BauGB
Grenzen der räumlichen Geltungsbereiche der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31	§ 9 Abs. 7	BauGB
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 31	§ 9 Abs. 7	BauGB
Abgrenzung der Baugebiete	§ 16	BauNVO

II. Darstellungen ohne Normcharakter

Flurstücksbezeichnung	Flurstücksgrenzen
0.4 Höhenangaben über NHN	3.00 Vermaßung in Meter
WR II Bezeichnung der Baugebiete	1 Parzellen mit Flächenangabe 2
nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31	
246 Flurstücksbezeichnung	Flurstücksgrenzen
1.0 Höhenangaben über NHN	Gebäudebestand näher bezeichnet

Ermächtigungsgrundlage

Aufgrund des § 13 (V.m. § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Neufassung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20.12.2023 (BGBl. I Nr. 394), des § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) vom 15.10.2015 (GVOBl. M-V, S. 344), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.06.2021 (GVOBl. M-V, S. 1033), und des § 11 Abs. 3 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz -BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 08.12.2022 (BGBl. I S. 2240), wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung des Ostseebades Karlshagen vom 26.07.2024 folgende Satzung über die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 für das „Wohngebiet Wilde Hütung“ südlich der Gartenstraße, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A.) und dem Text (Teil B) erlassen:

VERFAHRENSVERMERKE

1.
Der Aufstellungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 wurde durch die Gemeindevertretung des Ostseebades Karlshagen am 27.03.2024 gefasst. Die 2. Änderung des Bebauungsplan Nr. 31 wird im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB aufgestellt. Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Veröffentlichung im Amtsblatt „Der Usedomer Norden“ am 13.05.2024 erfolgt.

Ostseebad Karlshagen (Mecklenburg-Vorpommern), den 27. SEP. 2024

Der Bürgermeister

2.
Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 7 Abs. 2 LBauO M-V beteiligt worden.

Ostseebad Karlshagen (Mecklenburg-Vorpommern), den 27. SEP. 2024

Der Bürgermeister

3.
Die Gemeindevertretung des Ostseebades Karlshagen hat am 27.03.2024 den Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 mit Planzeichnung (Teil A), Text (Teil B) und Begründung gebilligt und zur Auslegung bestimmt.

Ostseebad Karlshagen (Mecklenburg-Vorpommern), den 27. SEP. 2024

Der Bürgermeister

4.
Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), Text (Teil B) und Begründung wurde in der Zeit vom 14.05.2024 bis zum 28.06.2024 im Internet auf der Homepage des Amtes Usedom Nord unter https://amtusedomnord.de unter dem Link *Bekanntmachungen, Gemeinde Karlshagen*, eingestellt.

Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), Text (Teil B) und Begründung wurde in der Zeit vom 27.05.2024 bis zum 28.06.2024 im Bau- und *Planungsportal MV unter der Adresse https://www.bauportal-mv.de zugänglich* gemacht.

Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), Text (Teil B) und Begründung hat in der Zeit vom 27.05.2024 bis zum 28.06.2024 während folgender Zeiten:

Montag bis Freitag	von 8.30 Uhr - 12.00 Uhr und
Montag und Mittwoch	von 13.30 Uhr - 15.00 Uhr und
Dienstag	von 13.30 Uhr - 16.00 Uhr und
Donnerstag	von 13.30 Uhr - 18.00 Uhr

nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können und nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 unberücksichtigt bleiben können, durch Veröffentlichung im Amtsblatt „Der Usedomer Norden“ am 13.05.2024 bekanntgemacht worden.

Ostseebad Karlshagen (Mecklenburg-Vorpommern), den 27. SEP. 2024

Der Bürgermeister

5.
Die von der Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 berührten Belange der Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden sind mit Schreiben vom 21.03.2024 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Ostseebad Karlshagen (Mecklenburg-Vorpommern), den 27. SEP. 2024

Der Bürgermeister

6.
Die Gemeindevertretung des Ostseebades Karlshagen hat die Stellungnahmen der Öffentlichkeit, Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden am 26.09.24 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Ostseebad Karlshagen (Mecklenburg-Vorpommern), den 27. SEP. 2024

Der Bürgermeister

7.
Der katastermäßige Bestand am 2024 wird als richtig dargestellt bescheinigt.
Hinsichtlich der lagerichtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, dass eine Prüfung nur grob erfolgte, da ein automatisiertes Kurkarte im Maßstab 1:1000 vorliegt. Regressansprüche können nicht abgeleitet werden.

Ostseebad Zinnowitz (Mecklenburg-Vorpommern), den 16.07.2024

Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur

8.
Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 mit Planzeichnung (Teil A) und Text (Teil B) wurde am 26.09.24 von der Gemeindevertretung Ostseebad Karlshagen beschlossen.
Die Begründung zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 wurde mit Beschluss der Gemeindevertretung Ostseebad Karlshagen vom 26.09.24 gebilligt.

Ostseebad Karlshagen (Mecklenburg-Vorpommern), den 27. SEP. 2024

Der Bürgermeister

9.
Die Satzung über die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 mit Planzeichnung (Teil A), Text (Teil B) und Begründung, sowie die Stelle bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind durch Veröffentlichung im Amtsblatt „Der Usedomer Norden“ am 16.10.2024 bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachungstext ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) und auf die Bestimmungen des § 5 Abs. 5 Kommunalverfassung M.-V vom 13.07.2011 (GVOBl. M.-V., S. 777), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23.07.2019 (GVOBl. M-V, S. 467), (GS Meckl.-Vorp. Gl. Nr. 2020 – 9), hingewiesen worden.
Ergänzend wurden die Bekanntmachung sowie die Satzungfassung im Internet auf der Homepage des Amtes Usedom Nord unter https://amtusedomnord.de unter dem Link *Bekanntmachungen, Gemeinde Karlshagen* und im Bau- und Planungsportal *MV* eingestellt.

Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 ist mit Ablauf des 16.10.2024 in Kraft getreten.

Ostseebad Karlshagen (Mecklenburg-Vorpommern), den 17. OKT. 2024

Der Bürgermeister

Nachrichtlich Zeichenerklärung

gem. PlanZV

zum Bebauungsplan Nr. 31 für das „Wohngebiet Wilde Hütung“ südlich der Gartenstraße

I. Festsetzungen

Art der baulichen Nutzung	**§ 9 Abs. 1 Nr. 1**	**BauGB**
WR Reines Wohngebiet	§ 3	BauNVO
Maß der baulichen Nutzung	**§ 9 Abs. 1 Nr. 1**	**BauGB**
GRZ Grundflächenzahl als Höchstmaß	§ 19	BauNVO
I, II Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß	§ 20	BauNVO
Bauweise, Baulinien, Baugrenzen	**§ 9 Abs. 1 Nr. 2**	**BauGB**
o offene Bauweise	§ 22 Abs. 2	BauNVO
nur Einzelhäuser zulässig	§ 22 Abs. 2	BauNVO
Baugrenzen	§ 23 Abs. 3	BauNVO
Verkehrsflächen	**§ 9 Abs. 1 Nr. 11**	**BauGB**
Straßenbegrenzungslinie		
Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung: P Parkplatz V Verkehrsberuhigter Bereich F Fußgängerbereich FWG Fußwegeverbindung		
Flächen für Versorgungsanlagen für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung	**§ 9 (1) 14**	**BauGB**
RÜ Flächen für Versorgungsanlagen Zweckbestimmung: RÜ Rückhaltung	Regenrückhaltung	
Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen	**§ 9 (1) 13**	**BauGB**
Leitungsführungen unterirdisch, näher bezeichnet: TK Telekom	Elektro	Abwasser
	Gas	Wasserversorgung
	Telekom	Fernwärmeleitung
Gebäude	**§ 9 (1) 15**	**BauGB**
Gebäude Zweckbestimmung: A öffentlich privat GEWERBE Gewerbe FERIENHAUS Ferienhäuser		
		vorhandene Wege
Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft	**§ 9 (1) 20, 25**	**BauGB**
Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, der Natur und Landschaft Zweckbestimmung:		
Umgrenzung von Grundstücken und sonstigen Bepflanzungen, die Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern festgesetzt sind	§ 9 (1) 25	BauGB
Anpflanzen: Bäume Bindung: Bäume mit Nummer der Baumliste		
Umgrenzung von Flächen mit Anpflanzungen und Bindungen für Bepflanzungen	§ 9 (1) 25 a	BauGB
Anpflanzen: Bäume Sträucher Pflanzgebot		
Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzrechts	§ 9 (6)	BauGB, i.v.m. § 20 NatSchAG M-V
Anlage		
Wasserflächen und Flächen für wasserwirtschaftliches Festsetzungen	**§ 9 (1) 16, § 9 (6)**	**BauGB**
Flächen für die Wasserwirtschaft, Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses Graben II Ordnung RÜ Flächen mit Festlegungen zur Regenwasserableitung		
Umgrenzung der Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind	§ 9 (1) 10	BauGB
HW Luftumgrenzten zu versiehende Flächen	§ 9 (1) 21	BauGB
Flächen, bei deren Bebauung besondere baulichen Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen oder bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind	§ 9 (5) 1	BauGB
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31	§ 9 (7)	BauGB
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 31	§ 9 (7)	BauGB
Abgrenzung der Baugebiete	§ 16	BauNVO

II. Darstellungen ohne Normcharakter

Flurstücksbezeichnung	Flurstücksgrenzen
0.4 Höhenangaben über NHN	Vermaßung in Meter
WR II Bezeichnung der Baugebiete	Parzellen mit Flächenangabe
nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 31	
246 Flurstücksbezeichnung	Flurstücksgrenzen
1.0 Höhenangaben über NHN	Gebäudebestand näher bezeichnet
6. Darstellungen ohne Normcharakter	
Flurstücksbezeichnung	Flurstücksgrenzen
0.4 Höhenangaben über NHN	Vermaßung in Meter
Bezeichnung der Baugebiete	
vorgeschlagene Parzellen mit Flächenangabe	vorgeschlagene Parzellierung
Hinweis auf Satzungsgrundlage (Grundstücksgrenzen und Flurstücke entsprechen nicht der Realität)	Gebäudebestand nicht bestimmt
zu beseitigende Bäume	Bäume

TEXT (Teil B)

gemäß rechtskräftigem Bebauungsplan Nr. 31 in der Fassung der 1. Änderung
Die Festsetzungen und Hinweise gelten für den Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 fort.
Die Änderungen für den Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 sind in Fettdruck und Kursivschrift hervorgehoben.
Sie betreffen ausschließlich I., Punkt 3 Absatz (1) und Hinweise, Punkt 10.

I. Planrechtliche Festsetzungen

1. Art der baulichen Nutzung
(§ 9 (1) 1 BauGB)
Festgesetzt wird das Reine Wohngebiet gemäß § 3 (1), 3 (2) und 3 (4) BauNVO.
(1)
Gemäß § 3 (1) BauNVO dienen Reine Wohngebiete dem Wohnen.
Entsprechend der Anzahl der zulässigen Wohnungen je Wohngebäude erfolgte die Unterteilung in die Baugebiete I und II.
(2)
Gemäß § 3 (2) BauNVO sind zulässig:
1. Wohngebäude und
2. Anlagen zur Kinderbetreuung, die den Bedürfnissen der Bewohner des Gebiets dienen.
(3)
Nicht zulässig sind Ausnahmen im Sinne von § 3 (3) 1. und 2. BauNVO.
Dies schließt auch Ferienwohnungen gemäß § 13a BauNVO ein.
Der Ausschluss von Ferienwohnungen erfolgt auf Grundlage des § 1 (6) BauNVO i. V. m. § 3 (3) 1. BauNVO aus städtebaulichen Gründen und zur Wahrung der allgemeinen Zweckbestimmung des Baugebietes.
(4)
Gemäß § 3 (4) BauNVO gehören zu den gemäß § 3 (2) 1. BauVO zulässigen Wohngebäuden auch solche, die ganz oder teilweise der Betreuung und Pflege ihrer Bewohner dienen.

2. Maß der baulichen Nutzung
(§ 9 (1) 1 BauGB i. V. m. §§ 16 - 21 a BauNVO)
(1)
Gemäß § 19 Abs. 4 BauNVO sind bei der Ermittlung der Grundfläche die Grundflächen von
1. Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten,
2. Nebenanlagen im Sinne des § 14,
3. baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird

mitzurechnen.
Die zulässige Grundfläche darf durch die Grundflächen der in Satz 1 bezeichneten Anlagen bis zu 50 vom Hundert überschritten werden.
(2)
Einschränkung für die Zulässigkeit von Nebengebäuden zum Abstellen von Gartengeräten und Fahrrädern:
- für die im Baugebiet II gelegenen Mehrfamilienhäuser wird je Mehrfamilienhaus ein Nebengebäude mit einer maximalen Grundfläche von 60 m² zugelassen.
- für die im Baugebiet I gelegenen Wohngebäude wird je Wohneinheit jeweils ein Nebengebäude mit einer maximalen Grundfläche von 20 m² zugelassen.

3. Überbaubare Grundstücksflächen
(§ 9 (1) 2 BauGB i. V. m. § 23 BauNVO)
(1)
Die Überbaubaren Grundstücksflächen sind durch die Festsetzung von Baugrenzen bestimmt.
Änderung für den Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31:
Die Wohngebäude sind, ***mit Ausnahme der Einzelgrundstücke 3*** und 5a ***in Baugebiet II***, parallel zu den vorderen Baugrenzen zu errichten.
(2)
Stellplätze, Carports, Garagen und Nebengebäude sind jedoch nicht in den Bereichen zwischen den öffentlichen Verkehrsflächen und den vorderen Baugrenzen bzw. der gedachten Verlängerung der vorderen Baugrenzen zulässig.

4. Größe der Baugrundstücke
(§ 9 (1) 3 BauGB i. V. m. § 23 BauNVO)
(1)
Die Mindestgröße der Einzelgrundstücke wird wie folgt festgesetzt:
Baugebiet II Mehrfamilienhäuser 900 m²
Baugebiet I Einzelhäuser 600 m²
Änderung für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31:
Die Mindestgröße der Einzelgrundstücke 3, 4, 5a und 5b im Baugebiet II wird mit 540 m² festgesetzt.
(2)
Je Einzelgrundstück ist maximal ein Wohngebäude zulässig.

5. Flächen für private Stellplätze, Carports und Garagen
(§ 9 (1) 4 BauGB)
(1)
Im Baugebiet II sind Garagen unzulässig.
(2)
Im gesamten Bebauungsplangebiet sind Tiefgaragen und Gemeinschaftsgaragen unzulässig.

6. Nebenanlagen
(§ 9 (1) 4 BauGB)
(1)
Nebenanlagen für die Kleintierhaltung im Sinne des § 14 Abs. 1 BauNVO sind nicht zulässig.
(2)
Die der Versorgung des Baugebietes dienenden Nebenanlagen gemäß § 14 Abs. 2 BauNVO werden zugelassen.

7. Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden
(§ 9 (1) 6 BauGB)
(1)
Baugebiet I
Je Wohngebäude werden maximal vier Dauerwohnungen zugelassen.
(2)
Baugebiet II
Je Wohngebäude ist maximal eine Dauerwohnung zulässig.

8. Grünflächen
(§ 9 (1) 15 BauGB)
(1)
Die gemäß zeichnerischer Festsetzung als öffentliche Grünfläche mit Zweckbestimmung **Spielplatz** ausgewiesene Fläche ist mit Spielgeräten für die Altersgruppe bis 12 Jahre auszustatten. Die Spielgeräte sollen vielfältig sein und den altersspezifischen Voraussetzungen entsprechen.
Ergänzend ist ein hoher Anteil an natürlich belassenen Spiel- und Erlebniselementen, wie Stämme, Steine sowie offene und modellierte Bodenflächen einzubinden. Auch Material für den Aufenthalt ist zulässig.
Der Spielplatz ist gärtnerisch zu gestalten. Die Verwendung von gesundheitsschädigenden Pflanzen und Giftpflanzen, insbesondere Pflanzenhölzchen, Seidelbast, Stechpalme und Goldregen ist auszuschließen.
(2)
Bei der gemäß zeichnerischer Festsetzung als **private Grünflächen** mit Zweckbestimmung **Parkanlage** ausgewiesenen Fläche handelt es sich um eine ehemalige Waldfläche aus Zitter-Pappeln, die im Zuge der Waldumwandlung gerodet wird.
(3)
Die **öffentliche Grünfläche** mit Zweckbestimmung **Parkanlage** ist mit Einzelbäumen, einer reich strukturierten Hecke mit Überhälter sowie Landschaftsrasen (RSM Rasen 7.1.2 Landschaftsrasen-Standard mit Kräutern) zu begrünen. Die Anlage von unbefestigten Wegen sowie das Aufstellen von Stamsäller sind zulässig.
(4)
Die gemäß zeichnerischer Festsetzung als öffentliche Grünfläche mit Zweckbestimmung **extensive Wiese** ausgewiesene Fläche ist maximal 2x im Jahr zu mähen. Die Mahd hat in einem Zeitraum von Mitte Juni bis Mitte September zu erfolgen. Zwischen zwei Schnittterminen der Wiese sollten mindestens 8 Wochen liegen. Die Mahdhöhe soll aus artenschutzrechtlichen Belangen mind. 15 cm betragen. Für die Mahd ist ein Balkenmäher bzw. geeignete Technik zu verwenden, die eine Verletzung der Tiere ausschließt. Das Mähgut ist zu entfernen. Zu den Waldflächen und zum Graben ist eine 3,0 m breite Randzone zu belassen, die von der Mahd ausgenommen werden soll.
Die Errichtung baulicher Anlagen jeglicher Art, das Aufstellen von Spielgeräten sowie die Anpflanzung von Gehölzen sind in der extensiven Wiesenfläche nicht zulässig.

9. Flächen für die Regelung des Wasserabflusses
(§ 9 (1) 16 BauGB)
i.V.m.
Flächen für die Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser
(§ 9 (1) 14 BauGB)
(1)
Aufgrund der Höhenlage und der Grundwasserverhältnisse ist am Standort folgende **Regelung des Wasserabflusses** einzuhalten:
- Das anfallende Niederschlagswasser der öffentlichen Verkehrsflächen (Planstraße) und der privaten Wohngrundstücke ist zu sammeln und mittels Regenwasserkanal einer Sedimentationsanlage mit Leichtstoffrückhaltung zuzuleiten.
- Der regenwasserrechtlichen Berechnung der privaten Wohngrundstücke sind die ermittelten Versickerungsflächen je Grundstück entsprechend der zulässigen Grundflächenzahl (GRZ) zugrunde zu legen.

(2)
Bei der Planung und Anlage der **Flächen für die Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser** sind folgende Grundsätze zu beachten:
- Für die Sedimentationsanlage mit Leichtstoffrückhaltung sind die derzeit geltenden Genehmigungsbedingungen hinsichtlich des Mindestabstandes von 1 m zwischen Grundwasserleiter und Unterkante Versickerungsanlage zu beachten.
- Der vorgeschriebene Überlauf der Sedimentationsanlage mit Leichtstoffrückhaltung ist an den angrenzenden Graben 80/5 II. Ordnung anzuschließen.

10. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft
(§ 9 (1) 20 BauGB)
(1)
Bei dem gemäß § 20 NatSchAG M-V gesetzlich schützten Biotop handelt es sich um ein naturnahes Feldgehölz aus Birken, Kiefern und Eichen (OVF 03759), welches sich östlich des Plangebietes weiter fortsetzt. Davon ausgenommen sind Gartenabfälle der Zitter-Pappeln. Sämtliche Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung, Veränderung des charakteristischen Zustandes oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung führen, sind verboten.
(2)
Ebenerdige Stellplätze sind in in einer wasser- und luftdurchlässigen Bauweise (z.B. Rasengittersteine, Rasenpflaster, Schotterflächen) auszuführen.

11. Maßnahmen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
(§ 9 (1) 25 a BauGB)
(1)
An den mit Kürzeln für zu verwendende Baumarten zeichnerisch festgesetzten Standorten sind Bäume mit den Pflanzqualitäten Hochstamm, 3x verpflanzt, Drahtballierung, Stammumfang 16 – 18 cm anzupflanzen. Der Standort der Bäume kann ggf. zu gestalterischen Zwecken um max. 5 m verschoben werden.
Festsetzung der zu pflanzenden Baumarten:

Kürzel	Botanischer Name	Deutscher Name
Po	Prunus avium	Vogel-Kirsche
Qr	Quercus robur	Stiel- Eiche

(2)
Auf den gemäß zeichnerischer Darstellung festgesetzten Flächen mit Pflanzgebot zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern ist eine flächenhafte Bepflanzung mit standortgerechten, landschaftstypischen Gehölzen (Pflanzlisten 1 bis 3) in den Mindest-Pflanzqualitäten Bäume Stammumfang 14 – 16 cm, Heister 200 – 250 cm, Sträucher 60 – 100 cm anzulegen. Die Pflanzungen sind dauerhaft zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen.
(3)
Mindestens 80 % der nicht Überbaubaren Grundstücksflächen sind als Vegetationsflächen anzulegen und von jeglicher Art der Versiegelung freizuhalten. Mindestens 15 % der Vegetationsflächen sind gärtnerisch zu gestalten und zu unterhalten.
(4)
An den entlang der Planstraßen festgesetzten Standorten sind auf den Privatgrundstücken Bäume in der Pflanzqualität Hochstamm, 3x verpflanzt, Drahtballierung, Stammumfang 16 – 18 cm zu pflanzen, dauerhaft zu erhalten und bei Abgang gleichartig und mit gleicher Pflanzqualität zu ersetzen. Der Standort der Bäume kann ggf. zu gestalterischen Zwecken um max. 3 m verschoben werden. Entlang der Planstraßen und Wege sind Bäume derselben Art zu pflanzen. Die Artenauswahl ist der Pflanzliste 4 in den Hinweisen zu entnehmen.
(5)
Der durchwurzelbare Bodenraum der neu zu pflanzenden Bäume darf 12 m³ nicht unterschritten. Die Grundfläche des durchwurzelbaren Raumes hat mindestens 12 m² zu betragen. Die Grundfläche der offenen und dauernaht luft- und wasserdurchlässigen Baumscheibe hat mindestens 4 m² zu betragen. Die Qualitäten der zu pflanzenden Gehölze müssen den "Gütebestimmungen für Baumschulpflanzen", herausgegeben vom Bund deutscher Baumschulen, entsprechen. Das Pflanzgut muss die regionale Herkunft Nordostdeutsches Tiefland haben.

12. Maßnahmen für Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern
(§ 9 (1) Nr. 25 b) BauGB)
(1)
Die mit Anpflanzgebot festgesetzten Bäume und Sträucher sind auf Dauer zu erhalten und bei Abgang durch Ersatzpflanzungen derselben Art und Qualität zu ersetzen. Die Einzelbaumpflanzungen entlang der Planstraßen sind einer fachgerechten Baumpflege zu unterziehen. Veränderungen des artspezifischen Kronenhabitus durch Schnittmaßnahmen sind nicht zulässig.
(2)
Der zum Erhalt festgesetzte Baumbestand des Plangebietes ist vor Beschädigungen, Auffüllungen, Bauschuttverspülungen und Befahren mit Baufahrzeugen zu schützen. Abgrabungen und Geländeaufhöhungen im Kronentraufbereich der Bäume sind unzulässig.

13. Leitungsrechte
(§ 9 (1) 21 BauGB)
Auf den mit Leitungsrechten (L) zugunsten der Gemeinde Ostseebad Karlshagen zur Führung einer Regenwasserableitungsleitung (von der Sedimentationsanlage mit Leichtstoffrückhaltung in den angrenzenden Graben 80/5 II. Ordnung) zu belastenden Flächen dürfen keine baulichen Anlagen errichtet und keine Geländeaufmodellierungen vorgenommen werden.

14. Höhenlage baulicher Anlagen und bauliche Nutzung von Grundstücken für überwiegend Wohnzwecke dienende Gebäude mit zwei sonstiger Tele baulicher Anlagen
(§ 9 (3) BauGB)
i. V. m.
Umgrenzung von Flächen, bei deren Bebauung besondere Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen oder bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind
in Verbindung mit Auflagen zum Hochwasserschutz
(§ 9 (5) 1 BauGB)
Aus Gründen des Hochwasserschutzes sind folgende Maßnahmen umzusetzen:
(1)
Für alle baulichen Anlagen ist eine Standsicherheit gegenüber Wasserständen bis 2,90 m NHN (Bemessungshochwasser (BHW) Außenküste) sicherzustellen.
(2)
Die in der Nutzungsschablone festgesetzte Mindesthöhe für die Oberkante des Fertigfußbodens von 2,20 m über NHN (ca. HW 100 Außenküste) ist einzuhalten.
(3)
Unterkellerungen sind im gesamten Plangebiet unzulässig.
(4)
Für elektrische Anlagen und die Lagerung wassergefährdender Stoffe (Heiz- und Schmierstoffe, Anstrichmittel, etc.) ist eine Sicherheit gegenüber einem BHW von 2,90 m NHN herzustellen.

II. Bauordnungsrechtliche Gestaltungsvorschriften

1. Äußere Gestaltung der baulichen Anlagen
(§ 84 (1) 1. LBauO M-V)
1.1 Fassaden
(1)
Für die Fassadenoberflächen der Wohngebäude und Garagen sind nur zulässig:
- Putz
- Verblendmauerwerk
- Glasverblendmauern und
- Verbretterungen für untergeordnete Flächen

(2)
Für Carports und Nebengebäude sind auch Holzfassaden zulässig.
(3)
Doppelgaragen und benachbarte Grenzgaragen sind jeweils in identischer Fassadenoberflächenart vorzusehen.

1.2 Dachform/Dachneigung/Dacheindeckungsart
(1)
Dachform/Dachneigung
Für die Wohngebäude im Baugebiet II sind ausschließlich Satteldächer und Walmdächer mit einer Dachneigung bis 28° zulässig.

Zusatz für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31:
Im Änderungsgebiet 1 (Baugebiet I) , Einzelgrundstück 1) werden zusätzlich Pultdächer mit einer Dachneigung bis maximal 10° und in Verbindung mit dem Einbau einer Attika oder mit Vergrößerung der Dachfläche durch Dachüberstände zugelassen.

Für die Wohngebäude im Baugebiet II sind ausschließlich Satteldächer, Satteldächer mit Krüppelwalm und Walmdächer mit einer Dachneigung zwischen 25° und 45° zulässig.
Für Carports, Garagen und Nebengebäude und Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO sind Flachdächer und Satteldächer bis 22° zulässig.
(2)
Dacheindeckung
Für die Dacheindeckung der Wohngebäude sind nur zulässig:
- Ziegel und Dachsteine sowie
- Glaskonstruktionen

Zusatz für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31:
- Technik für erneuerbare Energien

Im Änderungsgebiet 1 (Baugebiet I , Einzelgrundstück 1) wird zusätzlich Bitumeneindeckung i.V.m. Technik für erneuerbare Energien zugelassen.

Für untergeordnete Dachflächen, Carports, Garagen, Nebengebäude und Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO sind auch andere handelsübliche Materialien zulässig.
(3)
Dachform/Dachneigung/Dacheindeckungsart
Doppelgaragen und benachbarte Grenzgaragen sind jeweils in identischer Dachform, Dachneigung und Dacheindeckungsart auszuführen.

1.3 Hinweisschilder
(1)
Hinweisschilder sind nur für die gemäß § 13 BauNVO in Reinen Wohngebieten zulässigen Räume für freiberufler erlaubt.
Sie sind nur an der Stätte der Leistung erlaubt und dürfen eine Ansichtsfläche von 0,5 m² nicht überschreiten.
(2)
Die Hinweisschilder dürfen nur
- flach auf der Außenwand der G